Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 115 (2021)
Heft: 9

Artikel: Opfer wollen in ihrer Vielfalt und Stärke anerkannt werden
Autor: Winkler, Doro / Waser, Uschi / Joris, Dominique
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-965947

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Opfer wollen in ihrer Vielfalt und Stärke anerkannt werden

Neue Wege-Gespräch mit Doro Winkler, Uschi Waser und Dominique Joris
von Matthias Hui und Geneva Moser

Wenn Menschen Opfer von Folter, administrativen Zwangsmassnahmen oder Menschenhandel werden, erleben sie einen Moment tiefer Ohnmacht. Aber sie sind stets mehr als die erlebte Gewalt. Doro Winkler (FIZ), Uschi Waser (Naschet Jenische) und Dominique Joris (ACAT) arbeiten anwaltschaftlich für Betroffene und diskutieren die Ambivalenzen des Begriffs «Opfer».

MW Sie sind alle drei Expert*innen zum Thema «Opfer». Sie sind in verschiedenen Gebieten und mit unterschiedlichen persönlichen Erfahrungshintergründen tätig. Was motiviert Sie für diese Arbeit?

DW Ich war schon immer sehr sensibel für Ungerechtigkeiten. In meinen jungen Jahren habe ich gelernt, dass Männer und Frauen nicht gleichberechtigt sind und migrantische Menschen sehr grosse Ungerechtigkeiten erleben. Die Arbeit bei der FIZ, der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, verbindet diese beiden Themen.

DJ Ich habe einige Jahre für das Internationale Rote Kreuz in der Ex-Sowjetunion gearbeitet. Dann war ich bei der ehemaligen Asylrekurskommission sowie beim Centre social protestant und bei der Caritas für Asylsuchende tätig. Später kämpfte ich bei TRIAL International gegen Straflosigkeit von Verbrechen wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Meine Leidenschaft für Menschenrechte zieht sich durch meine Tätigkeit. Heute arbeite ich bei der ACAT-Schweiz, der Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter.

UW Auch meine Motivation ist das Rechtsempfinden. Uns, dem jenischen Volk, gegenüber ist durch die Aktion «Kinder der Landstrasse» sehr grosses Unrecht geschehen. Diese Geschichte lasse ich nicht auf mir sitzen. Es gibt viele Menschen, die darüber nicht reden können oder nicht reden wollen. So bin ich jetzt diejenige, die über dieses Unrecht spricht, bis gewisse Ziele erreicht sind.

MW Den Begriff «Opfer» hat nun niemand von Ihnen verwendet. Nutzen Sie dieses Wort für sich selber oder für Klient*innen?

UW Es gibt Gespräche, in denen man das Wort «Opfer» erwähnen muss. Wir sind Opfer von administrativen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen geworden. Den Vorwurf einer Opferhaltung finde ich ungerecht. Ich habe den Medien gegenüber immer gesagt: Ich will nicht als weinendes Ungeheuer der Nation dargestellt werden. Natürlich muss ich manchmal weinen, aber die Öffentlichkeit soll mit mir rechnen müssen. Jeder Tag gibt Anlass, mich daran zu erinnern, dass ich ein Opfer geworden bin. Für mich ist die Frage: Bin ich den ganzen Tag traurig, oder arbeite ich mit meiner Geschichte? Ich habe mich für das Zweite entschieden. Am Runden Tisch, der vom Bund 2013 für die Aufarbeitung von Leid und Unrecht im Zusammenhang mit fürsorgerischen Zwangsmassnahmen einberufen wurde und dessen Mitglied ich war, wurde der Begriff auch diskutiert: Soll man die Opfer von Zwangsmassnahmen so nennen? Was wäre die Alternative? «Betroffene»?

DW Für mich ist der Begriff ambivalent. Ich brauche ihn, wenn wir über das Opferhilfegesetz sprechen, das Menschen Rechte und

Soll man die Opfer von Zwangsmassnahmen so nennen? Was wäre die Alternative? «Betroffene»?

Unterstützung zugesteht. «Opfer» weist zudem auf eine Verantwortung hin: Der Begriff thematisiert auch einen Täter. Und gleichzeitig gibt es diese Zuschreibung, die Sie ansprechen: Unter einem Opfer stellen wir uns eine Person vor, die sehr niedergeschlagen und traurig ist, keine Lebensenergie mehr hat und passiv bleibt. Das finde ich gefährlich. Bei der FIZ erlebe ich etwas anderes: Die Frauen, die Opfer schwerer Gewalttaten wurden, sind oft sehr stark. Sie haben aber einen Moment totaler Ohnmacht erlebt, in dem sie keine Selbstbestimmung mehr hatten. Aber dieser Moment in ihrem Leben ist nicht ihre Identität. Die Frauen, mit denen wir arbeiten, sind viel mehr als reine Opfer der Unrechtstat, die sie erlebt haben. Sie sind Schwestern, Töchter, Mütter. Sie sind lustig, sie sind traurig. Sie wollen nicht auf ein traumatisches Erlebnis reduziert, sondern in ihrer Ganzheit und Vielfalt anerkannt werden.

DJ Bei uns bei ACAT nutzen wir den Begriff «Opfer». Er ist Teil des offiziellen Vokabulars, insbesondere in der UNO-Konvention gegen Folter. Auch ich finde den Begriff aber ambivalent. Er birgt die Gefahr, dass Menschen in eine passive Rolle gedrängt und nicht als Handelnde gesehen werden. Wir selber arbeiten vor allem auf der juristischen und politischen Ebene, dort stellt sich diese Frage weniger als im direkten Kontakt mit Betroffenen.

MW **Um diese Ambivalenz zu umgehen: Was können Sie tun, damit die Stärke von «Opfern» sichtbar bleibt?**

UW Es geht in erster Linie darum, Betroffene oder eine Betroffenengruppe zu stärken, damit sie selbstbewusst für sich einstehen und ihre Rechte einfordern können.

DW Für unsere Klientinnen kann ein Strafverfahren, ein Gerichtsurteil sehr wichtig sein, denn es ist eine offizielle Anerkennung, dass ihnen Unrecht geschehen ist. Das kann helfen, auch wenn die Urteile oft nicht so ausfallen, wie die Betroffenen es sich wünschen. Zweitens ist es wichtig, die strukturellen Dimensionen der Gewalt zu benennen und die Rede vom Opfer nicht zu individualisieren. Wir haben beispielsweise ein sehr restriktives Migrationsgesetz, das eine autonome Migration kaum ermöglicht, sodass Leute angewiesen sind auf andere, die ihnen helfen, sie dann aber auch

Im Asylverfahren ist strukturelle Gewalt an der Tagesordnung, sehr oft wird die Glaubwürdigkeit von Asylbewerber*innen bestritten.

ausbeuten können. Die Staaten haben also eine Mitverantwortung. Drittens lautet die Frage: Was brauchen Opfer, um wieder in der Gesellschaft ankommen zu können? Darüber sprechen wir selten. Die Integration und die Teilhabe an einem sozialen Leben sind wohl das Wichtigste in einem Heilungsprozess. Hier passiert noch viel zu wenig. Das ist eine politische Aufgabe.

NW **Für die Anerkennung vor Gericht braucht es den Schritt, das, was vielleicht unaussprechlich erscheint, das Verbrechen, in Worte zu fassen. Wie kann es zum Moment kommen, in dem ein betroffener Mensch benennen kann, was passiert ist?**

UW Ich wurde jahrelang missbraucht und vergewaltigt vom Mann meiner Mutter und in der Nacht auf meinen 14. Geburtstag auch vom Bruder meiner Mutter. Zur Strafe kam ich an meinem 14. Geburtstag wieder in ein Heim mit einer drei Meter hohen Mauer und Stacheldraht – hier in der Schweiz. Ich entschied mich nach einigen Monaten, meinem Vormund von der sexuellen Gewalt zu berichten. Ich wollte, dass die Täter ins Gefängnis gehen müssen. Später, bei meiner Scheidung, fragte ich nach, wie das mit dieser Klage damals gelaufen sei. Ich bekam vom Kantonsgericht drei ausweichende Schreiben. Als ich später im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Aktion «Kinder der Landstrasse» meine Akten lesen konnte, fand ich einen Aufsatz aus meiner Heimzeit während der Lehre als Schneiderin. Ich musste über das eigene Selbstbild schreiben: Ich sei zu dick, hätte eine überbordende Fantasie und müsse lernen, mit der Wahrheit umzugehen. Niemand konnte mir erklären, wie dieser Aufsatz in meine Akte kam und dann zu meinen Ungunsten verwendet wurde. Das erschüttert mich bis heute. Ich kämpfe dafür, dass man auch die Arbeit der Justiz im Zusammenhang mit fürsorgerischen Zwangsmassnahmen untersucht. Ich und alle Opfer möchten vom Staat wissen: Wie funktionierte es, wenn eine «ärmliche» Person, jemand aus einem Heim mit einem Vormund eine Strafanzeige einreichte? Wie sorgfältig arbeitete die Justiz dann? Wurde die Person überhaupt ernst genommen und für glaubwürdig gehalten? Dieser Teil der Geschichte ist nicht sauber aufgearbeitet. Das macht uns immer wieder zu Opfern.

DW Da setzt sich die Diskriminierung fort. Auch unsere Klientinnen haben Gewalt vonseiten des Staates und der Justiz erlebt. Sie haben oft keine Hilfe erhalten, nicht vom Vormund, nicht von der Polizei und nicht im Gefängnis. Sie haben den Glauben an staatliche Strukturen verloren. Wenn wir mit ihnen darüber sprechen, ob sie in einem Strafverfahren mit der Polizei zusammenarbeiten wollen, um den Täter vor Gericht zu bringen, sagen sie zuerst in der Regel: Sicher nicht! Unsere Aufgabe ist es, eine Brücke zu schlagen und zu erklären: Wir haben eine Zusammenarbeit mit der Polizei, die sehr gut funktioniert. Die Polizei ist spezialisiert, sensibel und befragt dich nicht siebenmal zur erlebten Gewalt, denn sie weiss, was es bedeutet, als Opfer von Menschenhandel ausgebeutet zu werden. Gleichzeitig wissen wir, was passieren kann, wenn eine betroffene Frau auf irgendeinen Polizeiposten geht …

UW Bei uns sagte man, Jenische oder «Zigeuner», wie man uns damals nannte, kämen ja schon als Lügner auf die Welt. Wir haben keine Glaubwürdigkeit.

DJ Es ist zunächst ganz wichtig, Betroffenen einen Raum zu geben, um ihre Geschichte zu erzählen. Viele Menschen haben zuvor diese Gelegenheit noch nie erhalten. Wir hören einfach zu. Dann ist es von Bedeutung, dass wir unsere Möglichkeiten, aber auch unsere Grenzen sehr deutlich erklären. Wir wollen keine falschen Hoffnungen wecken und sind da sehr deutlich. Diese Klärung hilft den Betroffenen. Der dritte, vielleicht der zentrale Punkt, ist die Sicherheit der Opfer. Wir machen viele schriftliche Interventionen und Appelle. Es mag einfach sein, hier einen Brief für jemanden im Gefängnis in Brasilien oder Ägypten zu verfassen; für die Betroffenen kann das sehr gefährlich sein. Darum versuchen wir, so eng wie möglich mit Partnern vor Ort oder mit Verwandten zusammenzuarbeiten.

DW Sie können die Menschen in Gefängnissen ja meist nicht direkt fragen, ob es gefährlich sein könnte, etwas zu tun. Wir bei der FIZ machen keinen Schritt ohne das Einverständnis der Betroffenen. Sie müssen die Kontrolle behalten, zurückgewinnen, es geht um ihre Selbstermächtigung.

MW Um aus der Situation von Gewalt und Unterdrückung herauszukommen, braucht es die Möglichkeit, sich organisieren zu können. Kann der Einsatz für einzelne Leute mit ihrem Schicksal in Widerspruch geraten zum Anspruch, sich organisieren zu wollen, um gemeinsam in der Öffentlichkeit politische Forderungen erheben zu können?

UW Es kommt ganz auf das Thema an. Was sexuellen Missbrauch anbelangt, ist Organisation natürlich sehr schwierig. Es ist heute erwiesen, dass viele der Opfer der Aktion «Kinder der Landstrasse» auch sexuellen Missbrauch erlebt haben. Es ist aber müssig, von uns zu verlangen, uns zu organisieren, damit diese Systematik bewiesen werden kann. Viele Betroffene können oder wollen nicht darüber sprechen.

DW Gerade bei sexueller Gewalt geben sich die Opfer nicht selten selber die Schuld. Dabei spielen Haltungen in der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Die meisten Frauen möchten die erlebte Gewalt vergessen und nach vorne schauen. Ich kann das Bedürfnis, nicht auf die erlebte Gewalt reduziert werden zu wollen, gut verstehen. Die Organisierung von «Opfern» ist zu einem Teil also wichtig, aber sie kann einen auch in der Ohnmachtserfahrung festhalten. Das ist eine Frage des politischen Willens. Wenn es um marginalisierte Gruppen geht, sei das bei Jenischen, Migrant*innen, bei Frauen, ist ihre Einflussmöglichkeit oft nicht gross genug. Das macht mich sehr wütend. Da stellt sich schon die Frage, wie wir uns organisieren können.

MW Benennen wir die strukturellen Dimensionen noch genauer. Welche gesellschaftlichen Vorurteile oder Bilder erschweren die Aufarbeitung oder Wiedergutmachung nach Gewalterfahrungen?

DW Bei Opfern von Menschenhandel erleben wir oft, dass ihre Traumatisierung gegen sie gewendet wird. Im Asylverfahren heisst es oft, sie seien nicht glaubwürdig, sie würden sich nicht richtig erinnern, erzählten nicht kongruent; an so etwas Schlimmes würde man sich doch erinnern. Die Glaubwürdigkeit dermassen infrage zu stellen, ist strukturelle Gewalt durch die Justiz und die Asylbehörden. Dabei weiss man aus vielen Studien, dass traumatisierte Menschen nicht gradlinig aussagen können. Dass dieses Wissen bei den Behörden nicht angekommen ist oder nicht ernst genommen wird, finde ich gravierend. Wenn ein Mensch am Punkt ist, zu erzählen, was geschehen ist, und man ihm dann nicht glaubt, geschieht eine nächste Viktimisierung und Traumatisierung.

Wie funktionierte die Justiz, wenn jemand aus einem Heim eine Strafanzeige einreichte?

DJ Das kenne ich leider auch aus meiner Arbeit. Wir haben oft mit dem Staatssekretariat für Migration zu tun, sei es bezüglich der Dublin-Verfahren, in denen auch verletzliche Menschen in ihr europäisches Erstaufnahmeland ausgewiesen werden, sei es im Zusammenhang mit einer oft fehlenden sorgfältigen Überprüfung einer Foltererfahrung, sei es bezüglich Gewalt in Asylzentren. Im Asylverfahren ist strukturelle Gewalt an der Tagesordnung, sehr oft wird die Glaubwürdigkeit von Asylbewerber*innen bestritten. Geflüchtete stehen oft in Gefahr, statt als Opfer als Täter bezeichnet zu werden oder allenfalls als Betroffene eines ausserordentlichen, individuellen Versehens einer Behörde. Das ist sehr entmutigend.

DW Wir müssen auch über Klassenjustiz sprechen. Wenn ein weisser, männlicher Richter eine dunkelhäutige Frau vor sich hat, kann er durch Vorurteile beeinflusst sein, denen er sich nicht bewusst ist. Kürzlich war ich an einem Prozess, in dem ein lateinamerikanischer Mann wegen Diebstahls vor Gericht stand. Er erklärte, dass er aus wirtschaftlichen Gründen geklaut hatte. Der Richter verstand das absolut nicht. Zwei völlig unterschiedliche Welten prallten aufeinander. Reichtum und Privilegien schaffen eine grosse Distanz zum realen Alltag vieler Menschen.

DJ Zurzeit, als Jurist für ACAT, vertrete ich einen Gefangenen. Er stammt aus Afghanistan. 2007 bekam er in der Schweiz eine negative Antwort auf sein Asylgesuch. Leider stieg er in den Drogenhandel ein und musste dafür vier Jahre ins Gefängnis. Es drohte ihm die Ausschaffung nach Afghanistan. Er erhielt aber unter sehr komplizierten Umständen zwei Drohbriefe der Taliban, dass sein Leben bei einer Rückkehr nicht mehr sicher sei. Ich musste dem Richter erklären, wie diese Briefe zu ihm gelangt waren. Das SEM argumentierte, dass diese Umstände unmöglich und absurd seien. Aber eine Ausreise aus einem Kriegsgebiet in Richtung Europa ist keine Hotelplan-Ferienreise – logisch sind die Wege da kompliziert und für uns nicht nachvollziehbar.

MW Solche Einblicke in Erfahrungen von Jenischen, von Sexarbeiter*innen oder von Geflüchteten aus Afghanistan haben nicht

allzu viele Menschen. Sich darauf einzulassen, ist nicht selbstverständlich. Wie kommt es zu Solidarität?

UW Wir haben immer wieder starke Solidarität erfahren. Aber die Strategie, die Volksinitiative «Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen» auch aus Angst vor einem Volksnein, aus Angst vor fehlender Solidarität, zugunsten eines Gegenvorschlags zurückzuziehen, spricht Bände. Immerhin führte dieser Prozess im Parlament zum Resultat einer «Wiedergutmachung» in Form von 25 000 Franken pro Person, für die viele Menschen sehr dankbar sind.

DW Obwohl eine Geldsumme für «Opfer» eigentlich etwas Symbolisches ist! Aber auch mir ist bei der Frage nach Solidarität das Geld eingefallen. Wo wir sie sehr konkret erfahren, ist bei unseren Spenderinnen und Spendern. Gerade während der Coronazeit – eine schwierige Zeit für Opfer von Menschenhandel, aber auch für Sex*arbeiterinnen, die selbstständig arbeiten – haben wir das ganz stark erlebt. Das stärkt uns, weil wir mit diesem Geld auch unsere politische Arbeit finanzieren können.

DJ Wir machen Lobbyarbeit bei Parlamentarier*innen, aber gerade im Bereich der Asylpolitik wird das schwieriger. Im Bundesrat und speziell bei der zuständigen Justizministerin stossen wir auf eine echte Mauer. Wir haben das erlebt mit unserer Petition «Für eine menschliche Schweizer Politik gegenüber Asylsuchenden aus Eritrea», bei der es um die vorläufige Aufnahme von Geflüchteten ging. Wir kamen gegenüber der Argumentation «Gesetz ist Gesetz» nicht weiter. Die Migrationsbehörden gebärden sich als Staat im Staat, geschützt von der Regierung.

DW Von staatlichen Institutionen erwarten wir ja Schutz von Opfern und Unterstützung von Menschen in einer Notlage. In gewissen Situationen erfahren wir das so. Unsere Erwartung wird aber immer wieder enttäuscht, Behörden und die Justiz nehmen ihre Verantwortung nicht voll wahr, sondern verhalten sich gegenüber Jenischen, Asylsuchenden oder anderen Gruppen diskriminierend. Sie verteidigen ihre Menschenrechte nicht, sondern werden zu Mittäterinnen. Für mich ist es wichtig, strukturelle Mittäterschaften aufzuzeigen. Menschenhandel ist nicht das Problem einer einzelnen nigerianischen Frau, die in die Schweiz gebracht wurde. Dahinter stehen strukturelle Dimensionen. Natürlich muss ich auch über den Einzeltäter oder das KMU, das den Menschenhandel organisiert, sprechen. Aber ich muss auch das globale Ungleichgewicht aufzeigen, das Menschenhandel überhaupt erst ermöglicht.

DJ Bei unseren Mandaten ist sehr klar, wen wir als Adressaten unserer Forderungen ansprechen. Für die Verhinderung von Folter und anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen oder Strafen sind klassischerweise die Staaten verantwortlich. Deshalb wenden wir uns prioritär an die Schweiz, ob es um Menschenrechtsverletzungen im Inland oder eben um solche im Ausland geht. Wir fordern seit vielen Jahren einen eigenständigen Artikel gegen Folter im schweizerischen Strafgesetzbuch. Bei der Schweiz ist das Selbstbild ein grosses Problem. Es gibt die Überzeugung, dass die Schweiz im Bereich Menschenrechte nur vorbildlich ist. In den Details gibt es aber grosse Mängel, und die Schweiz versteckt sich hinter ihrer Reputation.

DW Auch wir erinnern die Staaten und insbesondere die Schweiz immer wieder daran, dass sie internationale Konventionen zur Einhaltung der Menschenrechte unterschrieben haben. Wir pochen beispielsweise auf den Opferschutz, wie er in der Konvention des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels festgelegt ist.

NW Inwiefern können sich Ihre Organisationen verbünden und gemeinsam etwas erreichen? Oder werden Anliegen von Opfern von Menschenrechtsverletzungen auch gegeneinander ausgespielt? Gibt es Konkurrenz?

DW Wir beteiligen uns in vielen Netzwerken. Meine ganz tiefe Überzeugung ist, dass wir keine Chance haben, wenn wir nicht alle diese Kämpfe verbinden. Sie entstehen aus einer Betroffenheit: der Kampf der Jenischen, der Asylsuchenden, aber auch der Frauenstreik, die Klimabewegung. Wichtig ist es, über die eigene Betroffenheit hinaus das System dahinter zu erkennen. Wenn wir das Strukturelle verstehen, sehen wir Zusammenhänge: Alle kämpfen für etwas Ähnliches, nämlich für das Recht der Menschen auf ein würdiges Leben.

DJ Von Konkurrenz möchte ich nicht sprechen. Was aber fehlt, ist eine genügend starke Koordination zwischen Organisationen, die in verschiedenen Bereichen tätig sind, und eine

verbindliche Koordination auch mit der Politik. Und an Ressourcen für Menschenrechtsarbeit mit Opfergruppen mangelt es auch. Wir haben zu wenig Zeit und Geld.

UW Uns wird oft die Frage gestellt: «Was wollt ihr noch? Ihr habt so viel erreicht.» Aber es herrscht nach wie vor grosses Unwissen über anhaltende Ungerechtigkeiten. Beispielsweise haben wir in der Schweiz die Niederlassungsfreiheit. Kürzlich hat mir eine jenische Frau berichtet, dass sie von einer Gemeinde auf das Migrationsamt geschickt wurde, als sie sich anmelden wollte. Es gab dort kein Wissen über Fahrende, über Jenische. Ich kämpfe seit dreissig Jahren dafür, dass unsere Geschichte in die Geschichtsbücher kommt! Dass aufgeklärt wird über die Aktion «Kinder der Landstrasse» und das Unrecht, das uns geschehen ist.

MW Was erwarten Sie von religiösen Institutionen oder auch von religiös motivierten Personen? ACAT ist eine Organisation, die schon im Namen auf ihren religiösen Hintergrund verweist. Bei der FIZ oder Naschet Jenische ist das ganz anders.

UW In Bezug auf die «Kinder der Landstrasse» würde ich von den katholischen und den reformierten Kirchen eine klarere Position und auch eine deutlichere Entschuldigung für die eigene Mitverantwortung im System der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen erwarten. Gerade Ordensfrauen haben massiv Gewalt ausgeübt. Da ist viel Verletzung von kirchlicher Seite her passiert – im Namen Gottes. Mir hat man ein Leben lang versprochen: «Du musst beten, dann wird alles gut.» Ich habe gebetet, wie habe ich Gott angefleht. Aber ich bin auch zerbrochen an der Erfahrung, dass ich beten kann «Lieber Gott, gib mir ein Mami und einen Papi», so lange ich will. Ich blieb allein damit.

DW Wir erhalten von Kirchen immer wieder grosse finanzielle Unterstützung, sie springen in Lücken, für die eigentlich der Staat verantwortlich wäre. Auch für politische Vorstösse bekommen wir oft Unterstützung von fortschrittlichen kirchlichen oder religiösen Kreisen.

UW Das ist auch auf unserer Seite so. Aber es ist einfacher zu spenden, als einzugestehen: Wir haben ebenfalls versagt und müssen unsere Geschichte aufarbeiten.

DW Sie müssten beides tun. Religiöse Kontexte können auch für Betroffene von Menschenhandel persönlich stärkend und hilfreich sein. Aber es kann auch Situationen geben, in denen diese Institutionen an der Ausbeutung beteiligt sind.

DJ Bei der ACAT stammen die meisten Spenden von Kirchgemeinden und unseren Mitgliedern. Am Tag der Menschenrechte am 10. Dezember arbeiten wir mit den Landeskirchen zusammen. Es ist aber nicht immer einfach, sich auf eine gemeinsame konkrete Thematik zu einigen. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Kirchen sich engagieren, ja, aber auf eine allzu theoretische Weise. ●

○ Uschi Waser, *1952, arbeitet als Spielgruppenleiterin, ist Präsidentin der Stiftung Naschet Jenische. Sie setzt sich für Opfer der Aktion «Kinder der Landstrasse» und für deren Aufarbeitung ein und hält darüber Vorträge.

○ Dominique Joris, *1965, ist Jurist im Bereich der Menschenrechte und engagiert sich in humanitären Einsätzen im Ausland sowie in der Schweiz, im Bereich Asyl und im Kampf gegen schwerste internationale Verbrechen.

○ Doro Winkler, *1964, Ethnologin, arbeitet seit 23 Jahren in der Bekämpfung von Frauenhandel, ist bei der FIZ Bereichsleiterin Fachwissen und Advocacy und arbeitet im Expert*innengremium des Europarats gegen Menschenhandel mit.